

# BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 24. JUNI 2025

## MENSCHLICHKEIT BEWAHREN – KINDERRECHTE ACHTEN!

**Junge Menschen mit Migrations- und insbesondere Fluchtgeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. Sie sind Freund\_innen, Mitschüler\_innen, Kolleg\_innen, Mitglieder in Jugendverbänden. Sie leben hier, lernen hier, gestalten hier mit.**

Die Jugendverbände in NRW haben sich in den letzten zwanzig Jahren um eine erst interkulturelle, dann rassismuskritische Öffnung bemüht – auch mithilfe von besonderer Förderung der Landesregierung. Wir machen uns weiterhin stark für eine solidarische Jugendpolitik, die die Perspektiven, Rechte und Schutzbedarfe junger Menschen mit Fluchtgeschichte mitdenkt – nicht nur abstrakt, sondern konkret und konsequent.

Doch immer häufiger werden diese jungen Menschen Opfer einer menschenunwürdigen Migrationspolitik. Besonders drastisch zeigt sich das in jüngsten Fällen von Abschiebungen: Im Mai 2025 wurde eine zehnjährige Schülerin in Naumburg in Sachsen-Anhalt durch Polizeieinsatz aus dem Unterricht geholt, um abgeschoben zu werden. Doch auch in Nordrhein-Westfalen nehmen solche Fälle zu. Erst Ende Mai 2025 wurde in Dortmund ein 14-jähriger Jugendlicher, der seit fünf Jahren mit seiner Familie in NRW lebt und hier zur Schule geht, in den frühen Morgenstunden aus dem Elternhaus geholt und abgeschoben – trotz laufender Integrationsbemühungen und Unterstützungsstrukturen durch Schule und Zivilgesellschaft.

Solche Maßnahmen erzeugen Angst, Unsicherheit und traumatisieren nicht nur die direkt Betroffenen, sondern auch ihr soziales Umfeld. Diese Praxis widerspricht nicht nur dem menschenrechtlichen Anspruch unseres Landes, sondern auch dem Selbstverständnis einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft.

### Unsere Forderungen

- Sofortiger und dauerhafter Stopp aller Abschiebungen junger Menschen und ihrer Familien. Dazu gehört, den Neubau und Weiterbetrieb von Abschiebeeinrichtungen zu verhindern. Niemand darf Angst davor haben müssen, aus dem Schulalltag oder aus dem familiären Umfeld herausgerissen zu werden.
- Einrichtung sicherer Orte und Perspektiven für junge Geflüchtete. Das bedeutet jugendgerechte Unterbringung, Zugang zu außerschulischer und schulischer Bildung, Freizeit und psychosozialer Unterstützung schon für junge Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen leben – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und unter Einhaltung der von der Bundesrepublik ratifizierten UN-Kinderrechte.
- Keine Kürzungen im Landeshaushalt.

Angebote für junge Geflüchtete müssen unbedingt erhalten und ausgeweitet werden. Die Kürzungen im vergangenen Landeshaushalt haben gezeigt, was die Streichung von vermeintlich geringen Fördermitteln für kleine Träger und für die Geflüchteten selbst bedeuten. Ansprechpersonen und Angebote fallen weg und hinterlassen langfristig große Lücken.

## Beschluss des Hauptausschusses

Menschlichkeit bewahren – Kinderrechte achten! vom 24. Juni 2025

- Beteiligung junger Geflüchteter ermöglichen. Junge Menschen mit Fluchterfahrung müssen weiterhin in Jugendgremien, Projekten und Verbänden aktiv mitgestalten können. Ihre Stimme zählt.
- Anerkennung der grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien wie die Achtung von Gerichtsentscheidungen, Einhaltung von Verfahrensregeln und Gewaltenteilung statt populistischen Rufen nach der “Macht des Faktischen”.
- Konsequentes Vorgehen gegen rassistische Narrative und für die Achtung von Menschenrechten in der Migrationspolitik. Die Asyldebatte muss auf dem Boden der Menschenrechte geführt werden. Rassismus und populistische Vereinfachungen haben darin keinen Platz.
- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, Migration nach NRW und offene und sichere Fluchtwege nach NRW zuzulassen.